



HESSISCHER LANDTAG

16. 09. 2014

Plenum

Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Pakt für den Nachmittag - Landesregierung verwirklicht freiwillige, vielfältige und bedarfsgerechte Bildungs- und Betreuungsgarantie für alle Grundschul Kinder

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag unterstreicht den besonderen Stellenwert, den die Landesregierung in ihren Maßnahmen zur fortwährenden Optimierung der Bildungschancen der hessischen Schülerinnen und Schüler sowie zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf einem bedarfsgerechten und freiwilligen Ganztagsangebot beimisst. Er würdigt dabei insbesondere, dass den Schulträgern im laufenden Schuljahr 2014/15 mehr als 1.700 Lehrerstellen - wahlweise in Stellen oder Mitteln - aus dem Ganztags schulprogramm des Landes für entsprechende Angebote zur Verfügung gestellt und bestehende Betreuungsangebote an den Grundschulen und Grundstufen von Förderschulen mit einer Zuwendung von 5.112,92 € pro Schule und Haushaltsjahr gefördert werden, die der Schulträger nach Bedarf vor Ort einsetzen kann.
2. Der Landtag begrüßt den im Koalitionsvertrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vereinbarten Pakt für den Nachmittag als vorbildliches Instrument zur Verwirklichung eines Ganztagsangebotes für alle hessischen Grundschul Kinder, das entlang der Leitlinien von Freiwilligkeit, Angebotsvielfalt und Bedarfsgerechtigkeit bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode sukzessive eine Bildungs- und Betreuungsgarantie von 7.30 Uhr bis 17.00 Uhr sicherstellt und unter Einbeziehung der Kommunen sowie im intensiven Dialog mit den Beteiligten vor Ort erstmals die bestehenden Ganztags- und Betreuungsangebote für Grundschul Kinder gezielt miteinander verzahnt. Die Landesregierung kommt damit einem dringenden Wunsch vieler Eltern nach, die sich mehr außerfamiliäre Förderung für ihre Kinder wünschen oder zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf verlässliche Bildungs- und Betreuungsangebote angewiesen sind.
3. Der Landtag würdigt, dass die Landesregierung mit der die Vielfalt der regionalen und strukturellen Voraussetzungen angemessen berücksichtigenden Wahl der Städte Darmstadt, Frankfurt und Kassel sowie der Landkreise Bergstraße, Darmstadt-Dieburg und Gießen als Pilotregionen bereits eine zügige und konsequente Umsetzung des Paktes für den Nachmittag veranlasst und diesen Schulträgern durch die zusätzliche Zuweisung von rund 145 Stellen mit Beginn des Schuljahres 2015/16 umfangreiche Ressourcen für die Umsetzung und Ausgestaltung des Paktes vor Ort zugesichert hat. Das Land Hessen ermöglicht es mit der Bildungs- und Betreuungsgarantie schrittweise allen Grundschulen, an fünf Tagen die Woche bis 14.30 Uhr ins Ganztags schulprogramm des Landes aufgenommen zu werden. Das ist der größte Ausbau des Ganztags schulprogramms, den es in Hessen je gegeben hat. Ergänzt durch die Schulträger und aufbauend auf bereits vorhandene kommunale Kinderbetreuungsstrukturen entsteht ein Angebot bis 17.00 Uhr.
4. Der Landtag befürwortet die mit dem Pakt für den Nachmittag verbundene Zielsetzung, allen Eltern von Grundschulkindern in Hessen eine selbstständige und flexible Entscheidung über die alternative Wahrnehmung eines Halbtags- oder eines Ganztagsangebotes zu ermöglichen. Dem in großstädtischen Zentren und im ländlichen Raum stark divergierenden Bedarf kann dabei nur durch differenzierte Bildungs- und Betreuungsstrukturen entsprochen werden, die regionale und schulspezifische Besonderheiten vor Ort ebenso berücksichtigen wie die aus flexiblen Arbeitszeiten und Präferenzen der Eltern resultierenden Anforderungen an die Ausgestaltung der jeweiligen Angebote. Der Landtag bekräftigt daher zugleich seine Skepsis gegenüber von oben vorgeschriebenen einheitlichen Modellen für ganz Hessen, da sie oft an den realen Bedürfnissen vor Ort vorbeigehen.

5. Der Landtag begrüßt vor diesem Hintergrund die breite Vielfalt der bereits bestehenden Betreuungsangebote an den Grundschulen, die den regional- und standortspezifischen Besonderheiten durch individualisierte und passgenaue Modelle gezielt Rechnung tragen. Die von den Schulträgern, Standortgemeinden, Vereinen und freien Trägern sowie von Eltern- und Fördervereinen mit großem Engagement bereitgehaltenen Angebote sollen daher auf entsprechenden Wunsch der Schulgemeinden auch künftig bestehen bleiben können und als bewährte Elemente der Ganztagsbetreuung vor Ort in den Pakt für den Nachmittag integriert werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 16. September 2014

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Die Parlam. Geschäftsführerin:
Dorn